

Annoncen-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohlth. 17)
bei G. H. Meier & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Kreisand,
in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen-Bureau.
In: Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Haube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 644.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 14. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Pettseite oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Politische Uebersicht.

Posen, 14. September.

Die sämtlichen leitenden Minister der deutschen Bundesstaaten werden, wie die „Pos. Ztg.“ hört, zu Besprechungen mit dem Reichskanzler oder dessen Stellvertreter in Berlin eintreffen. Die Besprechungen, von der neuen Geschäftsordnung des Bundesrathes vorgehen, beziehen sich auf die Richtung und den Inhalt der dem Bundesrath zu unterbreitenden Gesetzentwürfe. Hierdurch soll vermieden werden, daß Vorlagen, welche von den einzelnen Bundesregierungen an den Bundesrath abgegeben werden, in den Beratungen des letzteren auf Widerspruch stoßen oder durch die Bundesraths-Ausschüsse Aenderungen erfahren, welche die rechtzeitige Feststellung der Entwürfe, bezw. ihre Fertigstellung in Frage stellen. Die den Bundesraths-Beratungen vorausgehenden Ministerbesprechungen sollen in die legislatorischen Pläne mehr Einheit bringen, die bisher bei allen irgend wichtigen Anlässen zum Schaden der Gesetzgebung vermehrt wurde. Läßt sich bei diesen Besprechungen von vorn herein übersehen, daß Anträge und Vorschläge einzelner Bundesregierungen ihrer Tendenz nach nicht geeignet sind, die Zustimmung des Bundesraths zu finden, so sollen sie von den Bundesraths-Beratungen für die bevorstehende legislatorische Kampagne überhaupt ausgeschlossen werden, um die laufenden Geschäfte nicht aufzuhalten oder zu stören. Der Zusammentritt der leitenden deutschen Minister bezeichnet den Zeitpunkt, bis wohin alle Pläne für die nächste Session des Bundesrathes und des Reichstages ihren Abschluß gefunden haben müssen. Die Minister werden mindestens acht Tage lang in Berlin versammelt bleiben, wie sie denn zufolge der neuen Bundesraths-Geschäftsordnung überhaupt sehr stark in Anspruch genommen werden. Wie indes vorausgesehen werden darf, wird sich der Plan des Reichskanzlers bezüglich der einmaligen Ministerbesprechungen vor dem Beginn der Bundesrathsarbeiten schwer durchführen lassen, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß das Bedürfnis zu legislatorischen Maßnahmen ziemlich plötzlich aufzutreten pflegt, oft genug kurz vor Beginn der Reichstagsession, ja nicht selten während der Parlamentsberatungen. Damit ist die Wiederholung von Ministerbesprechungen geboten und zugleich angezeigt, daß die neue Geschäftsordnung in allen, namentlich in den Bestimmungen sich nicht aufrecht erhalten läßt, welche spätere Erwägungen wichtiger Gesetzesvorschläge zu Gunsten rascherer Geschäftserledigung unmöglich machen sollen. Besonders die auf Vertreibung des Kanzlers vorbereiteten Anträge und Vorschläge kamen meist sehr spät und völlig unerwartet. Ist indes die straffe Durchführung der neuen Geschäftsordnung der feste Voratz des Reichskanzlers, so wird er ein für allemal auf legislatorische Ueberraschungen verzichten wollen. Es ist dies schon aus geschäftlichen Gründen nothwendig, denn die leitenden Minister der Bundesstaaten sind nicht in der Lage, ihre partikularen Geschäfte wiederholt auf längere Zeit unterbrechen zu lassen. Inwiefern die neue Geschäftsordnung des Bundesrathes sich im Einzelnen bewährt, wird sich bald genug herausstellen.

Wie die Wochen-Korrespondenz der deutschen Reichs- und freikonservativen Partei schreibt, scheint es in der Absicht zu liegen, die Steuer-Reform in der bevorstehenden Session des Reichs- und Landtages zum Abschluß zu bringen und zwar, soweit sich aus den allerdings nur beizugsweise vorliegenden Mittheilungen ersehen läßt, in der Hauptfache nach den bekannten Kardorff'schen Vorschlägen in der von der „Pos.“ wiederholt befürworteten Beschränkung. Danach würde für Preußen die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer, die Beseitigung der untersten beiden Stufen der Klassensteuer und die Ermäßigung der übrigen Klassensteuer, sowie der untersten Stufen der Einkommensteuer und die Beschaffung der Mittel durch Bier-, Branntwein-, Börsen-, Wehr-, vielleicht auch Zuckersteuer in Aussicht stehen. Man hat also in konservativen Kreisen eingegeben, daß ein Entgegenkommen nach links nothwendig ist, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll. Auch eine Allianz mit den rechts Liberalen ist nur sehr bedingungsweise möglich; wenigstens schreibt die „N.-L. Corr.“:

„Wenngleich Herr v. Kardorff zu seinem „Steuerreformplan“ nur durch Herrn v. Blumenthurn angeregt sein will, scheint derselbe doch nach Mittheilungen der freikonservativen Wochenkorrespondenz den nummehrigen Absichten des Fürsten Reichskanzlers im Wesentlichen zu entsprechen. Daß eine vollkommene Steuerrevolution zu Gunsten der Großgrundbesitzer eine Unmöglichkeit sei, ist ihm klar geworden. Wie wir zu der Sache stehen, haben wir oft genug ausgeführt. Erst wenn sich der normale Ertrag der vorjährigen Steuern und Zölle übersehen läßt unter Gewährung ausreichender Garantien für die finanziellen Rechte des Reichstages, erscheint uns die Bewilligung neuer Steuern zur Beseitigung drückender alter möglich. Von den Steuervorschlägen haben nur Branntwein- und Biersteuer, eine reine Börsensteuer, eine Zuckersteuer unsere Billigung. Die Entlastung aber, soweit sie danach möglich ist, müßte auf dem Gebiet der Zölle auf die dringendsten Lebensmittel zunächst, dann erst durch Ueberweisung eines Theil von Grund- und

Gebäudesteuer an größere Kommunalverbände, nicht Gutsbesitzer, unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und durch Ermäßigung der Klassen- und der ersten Stufen der Einkommensteuer stattfinden.“

„Der seit Schluß des Landtages erfolgte Austritt angegebener Abgeordneter des Reichstages und Landtages aus der nationalliberalen Partei wurde“ — so schreibt die „Parlamentar. Korresp. der deutschen Fortschrittspartei“ — „in der Besprechung des Zentralwahlkomitès der Fortschrittspartei allseitig als ein für die gemeinsame liberale Sache günstiges Ereignis angesehen, dazu angethan, den Widerstand gegen die rückwärtliche Bewegung und die Vertheidigung der noch übrigen politischen Freiheiten zu kräftigen. Nachdem das Programm der ausgeschiedenen Mitglieder in einer Reihe wichtiger Punkte die auch von der Fortschrittspartei vertretenen Forderungen ausdrücklich anerkannt hat, darf die Fortschrittspartei die Hoffnung hegen, daß in den Parlamenten in dieser Beziehung eine gemeinsame Thätigkeit geübt werden wird. Das Programm der Fortschrittspartei umfaßt außerdem, namentlich in Bezug auf Militär- und Eisenbahnwesen, auf öffentliches Recht und Volksfreiheiten eine Reihe weiterer Punkte, deren Vertretung die Fortschrittspartei auch in Zukunft als ihre Pflicht betrachten wird. Die Fortschrittspartei muß abwarten, inwieweit es möglich sein wird, auch in diesen Punkten zu einer Uebereinstimmung zu gelangen und zugleich die Grenzlinien gegen die übrigen Parteien zu ziehen. In dieser Auffassung der Stellung der Fortschrittspartei zu der neuen liberalen Gruppe weiß die Partei ihre sämtlichen parlamentarischen Mitglieder durchaus einig; durch dem Zentralwahlkomitè aus Ostpreußen und Baiern vorliegende Zuschriften wurde diese Uebereinstimmung noch ausdrücklich bekundet.“ — In einer Serie weiterer Artikel über die Session hebt das genannte Parteiorgan hervor, daß dieselbe schon insofern günstig wirkt, als sie das Zustandekommen einer konservativ-liberalen Mehrheit unmöglich mache, da die zurückgebliebenen Nationalliberalen mit den Konservativen zusammen um einige Stimmen hinter der Mehrheit zurückbleiben. Dann heißt es weiter:

„Höher als diesen Gewinn aber schätzen wir die Rückwirkung der Austrittserklärung auf die gesammte politische Situation. Wie dieser lange verzögerte Schritt durch die allgemeine im Volke nach links gehende Strömung unabwiesbar wurde, so wird dieses Ereignis auf diese Strömung auch wieder kräftigend zurückwirken. Wer noch unschlüssig zaudert in der Mitte steht, wird nach links mit fortgezogen; ist doch für Viele im Lande oft das Beispiel Anderer fast ebenso entscheidend, als die eigene Prüfung der Sachlage. In dem Maße, wie hierdurch die liberalen Ausrichtungen für die nächsten Wahlen steigen, ist schon für die vorübergehende nächste parlamentarische Session eine Mäßigung des reaktionären Ansturms denkbar. Gute Wahlen äußern wie gute Ernten ihre Wirkungen theilweise schon im Voraus. Bezeichnend war es jedenfalls, daß die offiziöse Presse auf die Nachricht von der Ausscheidung ihr Steuerprogramm um einige Löcher zurückstieß.“

Es wurde kürzlich gemeldet, daß die Kommission zur Ausarbeitung und Vorberatung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches ihre Arbeiten nummehr wieder aufnehmen werde. Da die von den einzelnen Redaktionen bestimmungsmäßig auszuarbeitenden Theilentwürfe (allgemeiner Theil, Sachenrecht, Obligationenrecht, Familienrecht) theils ganz, theils nahezu völlig fertig gestellt sind, so wird, wie die „Pos. Ztg.“ hört, die Kommission über das bei der Berathung der Entwürfe einzuhaltende weitere Verfahren Beschluß fassen, insbesondere die Reihenfolge feststellen, in welcher die Entwürfe zur Berathung zu bringen sind, ferner auch darüber beschließen, ob und inwiefern die erste Berathung der Entwürfe bis zur Vollendung auch der noch nicht ganz vollständigen Theilentwürfe ausgesetzt werden müsse. Nach dem im vorigen Herbst seitens der Kommission im Anschluß an die betr. früheren Resolutionen gefaßten Beschlüsse werden die Entwürfe einer doppelten Berathung unterzogen. Die erste Berathung soll im Wesentlichen nur eine sachliche sein, so daß thunlichst die formelle Seite ausscheidet, und Fassung oder Redaction im Allgemeinen auf sich beruhend lassen. Dadurch ist namentlich nicht ausgeschlossen, daß erhebliche Fragen der Terminologie und Dekonomie entschieden werden. Bei dieser ersten Berathung haben die einzelnen Redakteure jeder für sein Gebiet oder für den von ihm aufgestellten Theilentwurf als Referenten zu fungiren. Zum Zwecke dieser Berathung wird die Kommission erst dann zusammentreten, nachdem die Mitglieder genügende, jedoch nicht über wenige Monate zu bemessende Zeit gehabt haben, mit dem Inhalte der Entwürfe sich vertraut zu machen. Nach dem Schluß der ersten Berathung wird auf Grund der Ergebnisse derselben ein Hauptentwurf des ganzen künftigen Gesetzbuches ausgearbeitet, der also die einzelnen Theilentwürfe in sich aufzunehmen und in Bezug auf Form und Inhalt ein harmonisches Ganzes zu bilden hat. Dieser Hauptentwurf wird von der Kommission von Neuem vollständig, sowohl in sachlicher als formeller Hinsicht, beraten, und folgergehalt der schließlich dem Bundesrath als Ergebnis der ersten Lesung vorzulegende Entwurf des Gesetzbuches festgestellt. Ueber die Art und Weise, wie der der zweiten Berathung zu Grunde zu legende Hauptentwurf aufzustellen, wird noch Beschluß gefaßt werden. Es gilt

als ziemlich sicher, daß die erste Berathung noch vor Ablauf dieses Jahres erfolgen wird.

Ueber die Eisenzölle spricht sich der Jahresbericht der selbst schützöllnerischen Elberfelder Handelskammer sehr skeptisch aus:

„Der Bedarf an Eisen- und Stahlwaaren“ berichtet die Kammer, „war im Inlande ebenso flau, und Preise waren ebenso gedrückt, wie im Jahre zuvor, der Export dagegen theilweise lebhafter. Wie im vorigen Jahre konnte der Export zumal in schweren Artikeln der auswärtigen Konkurrenz gegenüber vielfach nur mit Verlust aufrecht erhalten werden. Dieser Export ist aber nicht zu entbehren; mehr als die Hälfte der im hiesigen Bezirk und nächster Umgegend hergestellten Eisenwaaren geht in's Ausland. Die in den letzten Monaten 1879 auftretende Steigerung der Preise des Materials, welches diesseitig verarbeitet wird, hat unsere Exportfähigkeit nicht geschwächt. Die Steigerung war unmittelbare Folge des plötzlich auftretenden Bedarfs für Nordamerika und ging Hand in Hand mit dem Steigen der Eisenpreise in England. Auch ohne die neuen Zölle würde die Steigerung der Eisen- und Stahlpreise in demselben Umfange erfolgt sein. Die Zölle haben also diesmal nicht geschadet, es bleibt aber immerhin Gefahr, daß sich unsere Eisen- und Stahlwerke bei sinkenden Preisen der Zölle bedienen können, um im Inland Preise zu behaupten, die im Auslande nicht mehr zu erzielen sind. Dann würde es mit dem Export vieler grober Eisen- und Stahlwaaren zu Ende sein; wir würden manche nach langer Arbeit gewonnene Absatzgebiete verlieren und gezwungen sein, gegen englische Konkurrenz die Segel zu streichen. Mit dem Steigen der Eisenpreise hätte naturgemäß auch ein Steigen der Preise der fertigen Eisenwaaren Schritt halten sollen. Leider aber erfolgte dieses Steigen der Waarenpreise bei dem flauen Geschäftsgange ebenso in England, wie bei uns, nur ungenügend und langsam. Die alten Vorräthe an Material wurden durchgehend noch zu alten Preisen verarbeitet und es ist ein trauriges Zeichen für die Geschäftslage unserer Branche, daß verschiedene Artikel, die von Schmieden und kleineren Fabrikanten unseres Bezirks und der Umgegend angefertigt werden, während des Herausgehens der Eisenpreise, und trotz dieses Herausgehens, im Preise sogar noch weiter zurückgingen. Bei der allgemeinen Flaue konnte selbst für manche Artikel, für welche ein verstärkter Bedarf vorliegt, keine dem höheren Materialpreise entsprechende Steigerung erzielt werden. So ist z. B. des strengen Winters wegen der Bedarf für 1880 an Schlittschuhen für Inland und Ausland bedeutender als jemals vorher. Die Bestellungen für 1880 werden aber trotz Vertheuerung des Materials zu denselben Preisen ausgegeben und angenommen, wie zu Anfang des vergangenen Jahres für 1879. Bei andern Artikeln wurde durch Vereinbarung unter den Fabrikanten der Versuch gemacht, einen dem höheren Preise des Materials entsprechenden höheren Preis zu erzielen, so bei Ketten und bei Thür- und Fensterbeschlag. Bei Ketten haben die höheren Preise eine erhebliche Abnahme des Exports zur unmittelbaren Folge gehabt. Bei Thür- und Fensterbeschlag, der meist für das Inland fabrikt wird, konnten die Fabrikanten bei dem Mangel an genügenden Bedarf trotz Vereinbarung den höheren Preis im neuen Jahre nicht aufrecht erhalten. Die Preissteigerung des Materials hat nur den einen scheinbaren Erfolg zu Wege gebracht, daß manche Großfirmen in Erwartung allgemeinen Steigens der Eisenwaaren größere Lieferungen zu alten Preisen abschlossen. Nach Abwicklung dieser Spekulationsgeschäfte können wir für 1880 leider keine Besserung erwarten, selbst dann nicht, wenn uns das durch die Zölle gefährdete Exportgeschäft wie bisher ungeschmälert erhalten bleibt.“

In Oxford hält gegenwärtig das Institut de droit international seine Sitzungen. Dasselbe hat eine sehr beachtenswerthe Resolution angenommen, es solle allen internationalen Verträgen eine Klausel angehängt werden, nach welcher Ausländer jeder Religion und Nationalität die gleichen Rechte wie die Eingeborenen genießen und Frauen die Nationalität ihrer Gatten erlangen sollen. Freilich dürften diese Wünsche hervorragender Rechtsgelehrter der zivilisirten Nationen z. B. in Rußland noch nicht auf Verwirklichung hoffen, wo jüdische Unterthanen des deutschen Reiches ihrer Konfession wegen einfach ausgewiesen werden. Sie können dort nicht das Gefühl haben wie der alte Römer oder der moderne Engländer im fremden Lande, daß eine Großmacht sie vor Unbill schützt.

Der offiziöse „Diritto“ widmet der Zusammenkunft des Freiherrn von Haymerle mit dem deutschen Reichskanzler in Friedrichsruhe eine eingehende Betrachtung und gelangt zu folgenden Konklusionen:

„Die Allianz zwischen den beiden benachbarten Kaiserreichen ist beständig und unerschütterlich: das ist die Antwort und Warnung für Frankreich. Den Intriguen in Bulgarien stellen die beiden Kaiserreiche das Bündnis mit Rumänien entgegen: dies ist die Erneuerung für Rußland. Und um einen Beweis von ihrer Macht und ihrem Uebergewicht zu erbringen, werden sie, während weder Rußland den Muth besitzt, entschlossen seine Protektion gegenüber Bulgarien zu accentuiren, noch Frankreich wagt, diejenige gegenüber Griechenland zu betonen, Rumänien zum Königreiche erheben. Indem die beiden Mächte dem letzteren auf diese Weise zeigen, wie werthvoll ihre Unterstützung sei, werden sie zugleich Serbien einen Wink ertheilen, welches zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland schwankt, und werden dessen ehrgeizige Wünsche erregen. Wenn dies aber offenkundige Ziele der Begegnung von Friedrichsruhe sind, so können sie doch nicht die einzigen sein und sind es denn auch in der That nicht. Vielleicht handelt es sich um einen weiten Plan. Die Ereignisse geben immer mehr der Reise entgegen und es ist nicht die Gewohnheit des Fürsten Bismarck, sich überraschen zu lassen und sich der Wahrnehmung der Gefahren einer bestimmten Situation zu verschließen. Oesterreich-Ungarn im Orient zu stärken, die montenegrinische Frage und vielleicht die griechische zu lösen, sowie sich die Allianz der Türken und die Besetzung der Balkanpässe zu sichern, dies scheint eines der Mittel zu sein, deren sich Fürst Bismarck bedienen will, um sein Ziel zu erreichen. Letzteres besteht aber darin, Frankreich, welches durch den Mund Gambetta's erklärte, daß es auf das Morgen rechte, zu nöthigen, bloß auf das Heute zu zählen.“

In Frankreich erregt der Zwiespalt großes Aufsehen, welcher zwischen den beiden Präsidenten der republikanischen Linien anlässlich der Ausführung der Märzdekrete ausgebrochen ist. Während der Vizepräsident Guichard die erwähnte Parteigruppe sofort zu einer Versammlung einberufen wissen wollte, um auf das Kabinett Freycinet den geeigneten Druck auszuüben, und an den Präsidenten Devès ein bezügliches Schreiben richtete, muß er sich deshalb soeben folgende Abfertigung gefallen lassen. Herr Devès schreibt an den Vizepräsidenten der „Gauche républicaine“ unterm 11. September:

„Lieber Kollege! Ihr Brief vom 6. d. Mts., der mir unter der Adresse in Béziers zugefandt wurde, ist mir erst gestern Abend in Paris zugegangen. Er trägt den Poststempel vom 10. September. Ich hatte dieses Schreiben kaum gelesen, als der Wortlaut desselben in mehreren Journalen erschien, indem zugleich eine gewissermaßen offizielle Note voranging. Der Brief selbst war durch die „Agence Havas“ übermittelt worden, die ihn also vor mir gefandt hatte. Die Form dieser Mittheilung wäre an sich geeignet, den Glauben zu erwecken, daß dieselbe sich mit meiner Zustimmung vollzogen hat, falls ich nicht Sorge trüge, mich in dieser Hinsicht so bald als möglich zu degagieren. Uebrigens gestattet mir die mit Ihrem Namen und Ihrem Charakter verknüpfte Autorität nicht, gegenüber der vielleicht ein wenig zu häufigen Publikation Stillschweigen zu beobachten. Es besteht in der That zwischen uns zu meinem Bedauern eine vollständige Meinungsverschiedenheit über das Verhalten, welches unter den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen erscheint. Ich kann mich meinerseits nicht dem Gedanken anschließen, die republikanische Linke inmitten der parlamentarischen Ferien einzuberufen. Abgegeben von dem Hindernisse, welches aus der Zerstreung unserer 190 Kollegen folgt, läge nach meinem Gefühle darin eine Verwarnung für das Kabinett. Die Linke und noch weniger ihr Bureau können heute nicht mit Ausschließung der übrigen Parteigruppen die Leitung der inneren Politik übernehmen. Mit ihrer Aktionsfreiheit müssen die Minister ihre gesammte Verantwortlichkeit bewahren. Es steht uns aber nicht zu, diese Verantwortlichkeit an uns zu reißen, und ich erachte es für klüger, für unsere Gruppe keine exzeptionelle und vereinzelte Situation innerhalb der republikanischen Mehrheit zu schaffen. Dem Gouvernement steht es zu, dem nationalen Willen Folge zu leisten, wie derselbe wiederholt durch die Abstimmungen seiner Mandatäre zum Ausdruck gelangt ist. Bei der Rückkehr der Kammern werden wir über die dann endgültigen Akte des Kabinetts ein überlegtes und autorisiertes Urtheil fällen. Bis zu diesem Augenblicke glaube ich mich, wie ich gethan, beschränken zu müssen, und zwar so, wie wir es zu thun alle in der Lage sind, indem wir unseren Freunden im Ministerium unsere persönlichen Eindrücke übermitteln, ohne zu der etwas bedrohlichen Prozedur einer offiziellen Verammlung der Partei oder des leitenden Vorstandes unsere Zukunft zu nehmen. Dies ist mein Gefühl und ich glaube, daß dasselbe im Einklange mit den parlamentarischen Bräuchen steht. Ich übermittele Ihnen, geehrter Kollege, meine Ansicht, mit der Ergebenheit, welche Ihre große Erfahrung und die lange Dauer der von Ihnen unserer Sache geleisteten Dienste verdienen. Ich werde glücklich sein, Sie zu sehen und Ihre Rathschläge zu vernehmen, falls Sie bald nach Paris kommen, wo ich noch einige Tage zu verweilen gedenke. Paul Devès.“

In Madrid herrscht große Freude, aber vielleicht noch größere Enttäuschung. Die Königin Christine ist von einer Tochter entbunden worden. Mit einer Zuversicht, welche das Ergebnis nicht gerechtfertigt hat, wurde am spanischen Hofe auf die Geburt eines männlichen Thronerben gerechnet. Allein wie vor wenigen Tagen die Königin Emma der Niederlande statt des erhofften Prinzen einer Prinzessin das Leben gab, so ist es jetzt auch in Spanien geschehen, doch ist durch die Ankunft einer Prinzessin auf jeden Fall die Thronfolge gesichert — wenn in Spanien überhaupt von einer gesicherten Thronfolge die Rede sein kann. König Alfons hat die alten Traditionen des spanischen Hofes bei diesem Ereignis auf das genaueste beobachtet und mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die Vorschriften der altkastilischen Etiquette erfüllt; damit hat er den Anschauungen des spanischen Volkes gebührend Rechnung getragen. Nicht ohne Lächeln konnte man von den Vorbereitungen, welche für die Ankunft des Kindes getroffen wurden, lesen; sie riefen die Erinnerung an die schlimmsten Zeiten des mittelalterlichen Aberglaubens wach, aber derselbe wurzelt nun einmal im spanischen Volke. Nichts hat das Ansehen Don Amadeo's so sehr geschädigt und seinen Sturz beschleunigt als die Nichtachtung der Etiquette und die Vernachlässigung des alten Zeremoniells bei der Geburt seines jüngsten Sohnes. Prinz Ludwig wurde am 31. Januar 1873 geboren und am 11. Februar sah sich König Amadeo genöthigt, die Krone niederzulegen. Sollte das spanische Volk einmal mit Don Alfons unzufrieden werden, so wird es jedenfalls nicht aus Ursachen verletzter Hofetiquette und Mißachtung althergebrachten Aberglaubens geschehen.

Der mehrfach angekündigte und immer wieder dementirte Ministerwechsel in der Türkei hat nun doch stattgefunden. Angesichts der schwierigen Lage, in welcher sich die Pforte befindet, und der Thatfache, daß die Einigkeit der Großmächte bezüglich der Flottendemonstration trotz der gegentheiligen Hoffnungen der Pforte dennoch zu Stande gekommen ist, hat sich der Sultan veranlaßt gesehen, das bisherige Kabinett, das sich einigen Großmächten gegenüber zu sehr kompromittirt hatte, fallen zu lassen und ein neues Ministerium zu berufen. Am Sonntag hat Kadri Pascha seine Entlassung genommen, und Said Pascha ist an seiner Stelle vom Sultan zum Premierminister ernannt worden. In einem an Said Pascha gerichteten Hat sagt der Sultan, angesichts des Ernstes der Lage und der Dringlichkeit, Maßregeln zu ergreifen, habe er eine Veränderung im Ministerium für nothwendig gehalten und Kadri Pascha seines Amtes enthoben. Er setze in Said Pascha das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, eine befriedigende Lösung der schwebenden Fragen zu erzielen. Ferner ist Asim Pascha zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Server Pascha zum Präsidenten des Staatsraths, Raif Pascha zum Handelsminister, Rami Pascha zum Unterrichtsminister und Nazif Pascha zum Minister des Erfs ernannt worden.

Briefe und Zeitungsberichte.

• Berlin, 13. Sept. [Das Gesetz über den Unterstühtungswohnstz. Graf Harry Arnim.] Da die Agrarier noch immer in den Regierungskreisen Oberwasser

haben, so klingt die Meldung, das Gesetz über den Unterstühtungswohnstz solle in ihrem Sinne revidirt werden, an sich wohl glaubhaft; trotzdem darf man zunächst noch hoffen, daß es dazu nicht kommen werde, denn das bisher eingegangene Material über diese Frage hat dieselbe äußerst wenig im Sinne der Agrarier geklärt. Das platte Land soll bekanntlich nach der Behauptung agrarischer Agitatoren dadurch geschädigt sein, daß unterstühtungsbedürftige Personen noch binnen zwei Jahren, nachdem sie ihren Heimathsort verlassen haben, in denselben zurückgewiesen werden können, resp. daß während dieser Frist der Wohnort Entscheidung für die geleistete Unterstühtung verlangen kann. Man fordert Abschaffung, mindestens Verkürzung der Frist auf ein Jahr. In den alten preussischen Provinzen, wo die Frist früher einjährig war, ist die Forderung noch einigermaßen verständlich; sie wird aber fast noch lauter aus den neuen Provinzen und den Bundesstaaten erhoben, in welchen früher auf Grund einer höchst bürokratischen Heimaths-Gesetzgebung die Zurückverweisung Verarmter viel länger als zwei Jahre zulässig war, das platte Land also durch das Gesetz über den Unterstühtungswohnstz entschieden zu Ungunsten der Städte entlastet worden ist. Die ländlichen Klagen, daß die nach den Städten wandernden Personen, nachdem sie dort „ausgenüht“ worden, den Landgemeinden resp. Gutsbezirken zur Last fallen, indem sie krank oder verarmt zurückkehren, können höchstens durch sehr vereinzelte Fälle erhärtet werden; aus einer Anzahl Städte dagegen liegen statistische Nachweisungen vor, welche ergeben, daß auch schon auf Grund der jetzigen Gesetzgebung ein großer Theil der Armenpflege von den Städten für das platte Land mit geleistet wird, einfach, weil die Veranstaltungen dafür, z. B. für die Krankenpflege, in den Städten besser sind. Es würde doch sehr schwer werden, auf Grund des bis jetzt vorhandenen Materials eine Novelle zum Unterstühtungswohnstz-Gesetz im agrarischen Sinne zu motiviren. — Das hiesige Landgericht hat das Gesuch des Grafen Harry Arnim um Aufschub der Vollstreckung des auf acht Monate Gefängniß lautenden Urtheils wegen der Zurückbehaltung diplomatischer Schriftstücke ebenso, wie vorher die Staatsanwaltschaft, abgelehnt, und zwar aus dem formellen Grunde, weil es nur durch Atteste von Privatärzten über den Gesundheitszustand des Grafen unterstüht sei, Strafaufschub aber nur auf das Gutachten der hiesigen Gerichtsärzte hin ertheilt werden könnte. Gleichzeitig hatte das Landgericht noch über ein zweites Gesuch des ehemaligen Botschafters zu befinden. Daß derselbe früher um „freies Geleit“ gegen Verhaftung behufs Vollstreckung der eben erwähnten Gefängnißstrafe nachgesucht hatte und daß dasselbe verweigert worden war, hatten wir früher berichtet, ebenso, daß er gerade deshalb die Aussetzung der Strafvollstreckung erbeten hatte. Als dann aber hatte er an das Reichsgericht noch ein Gesuch um „freies Geleit“ zu dem Zwecke gerichtet, um, wenn er behufs nochmaliger Verhandlung des Hochverraths-Prozesses nach Deutschland käme, gegen Verhaftung auf Grund des in diesem ergangenen Strafurtheils gesichert zu sein. Dieses Gesuch war vom Reichsgericht, das sich für inkompetent erklärt hatte, ebenfalls an das hiesige Landgericht zur Entscheidung verwiesen worden, und dieses hat es ebenso wie das andere um Strafaufschub abgelehnt. Die Motivirung geht dahin, daß an sich der Bewilligung von „freiem Geleit“ zum Zwecke der persönlichen Gestellung behufs Wiederaufnahme des Prozesses nichts entgegenstehe, daß es aber nicht bewilligt werden könne, so lange Graf Arnim einer anderen rechtskräftigen Strafe sich durch die Entfernung aus Deutschland entziehe.

— Der „Reichsanzeiger“ meldet unterm 13.: Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz Erzherzog Rudolf von Oesterreich-Ungarn ist gestern Morgen hierseits eingetroffen und von Sr. Majestät dem Kaiser und König, sowie von den königlichen Prinzen auf dem Anhaltischen Bahnhofe empfangen worden. Die Einrichtung war derartig getroffen, daß der Empfang auf dem Perron der Abfahrtsseite erfolgte. Auf diesem Perron, der für das Publikum gesperrt war, war eine Kompanie des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 mit der Fahne und Musik als Ehrenwache aufgestellt, an deren rechtem Flügel, zunächst den für den Allerhöchsten Hof reservirten Zimmern, die direkten Vorgesetzten Aufstellung nahmen. Zur Begrüßung fanden sich auf dem Bahnhofe das Personal der österreichisch-ungarischen Botschaft, die aus Anlaß der Manöver sich hier aufhaltenden österreichischen Offiziere, der Gouverneur und der Kommandant von Berlin, die General-Adjutanten, die Generale à la suite Sr. Majestät des Kaisers und Königs, der Polizeipräsident, der Ober-Stallmeister und andere Herren von Distinktion ein. Der Botschafter Oesterreich-Ungarns war Sr. kaiserlichen Hoheit einige Stationen entgegengefahren. Um 8¹/₄ Uhr erschienen Se. Majestät der Kaiser und König mit Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen und Ihren königlichen Hoheiten den Prinzen Wilhelm, Friedrich Karl, Albrecht und August von Württemberg. Se. kaiserliche Majestät hatten, ebenso wie die königlichen Prinzen, soweit Höchstdieselben Inhaber österreichischer Regimenter sind, österreichische Uniform mit dem Bande des St. Stephans-Ordens angelegt. Als der Zug um 8³/₄ Uhr in die Bahnhofshalle einfuhr, erwiesen die Truppen dem Erlauchten Gaste, der in der Uniform des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 erschien, die militärischen Honneurs, während die Musik die österreichische Nationalhymne spielte. Se. Majestät und die königlichen Prinzen begrüßten Se. kaiserliche Hoheit auf das Herzlichste. Nachdem Höchstdieselben die Herren Seines Gefolges den Oberst-Hofmeister Kontre-Admiral Grafen von Bombelles, sowie die Flügel-Adjutanten Major Ritter von Eschenbacher und Major Bacalovich vorgestellt, erfolgte Seitens Sr. Majestät des Kaisers die Vorstellung der beiden zum Ehrendienste befohlenen Offiziere — des Generals der Infanterie, General-Adjutanten Freiherrn v. Loën und des Oberst-Lieutenants von Liebermann, Kommandeurs des 2. Brandenburgischen Ulanen-Regiments Nr. 11 —, sowie des Gouver-

neurs und des Kommandanten von Berlin, und der direkten Vorgesetzten des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2. Hierauf schritt Se. kaiserliche Hoheit an der Seite Sr. Majestät die Front der Kompanie ab und betrat alsdann die mit Blümpflanzen und Blumen geschmückten Salons des Allerhöchsten Hofes. Nach kurzem Verweilen daselbst erfolgte die Abfahrt in einer geschlossenen Galaquipage nach dem Schlosse, woselbst der Kronprinz in den Kk. Kammern Wohnung genommen hat. Se. Majestät der Kaiser und König geleiteten ihren Erlauchten Gast und wurden von dem auf den Straßen und Plätzen zahlreich versammelten Publikum mit begeisterten Zurufen begrüßt. — Gestern Abend fand vor dem Palais Sr. Majestät des Kaisers und Königs der von sämtlichen Musikern und Spiel-leuten des Garde-Korps ausgeführte Zapfenstreich in programmmäßiger Weise statt. Ihre kaiserlichen Majestäten hörten mit Allerhöchsthöflichen Gästen und den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses der Aufführung vom Balkon aus zu. — Auf dem Infanterie-Exerzierplatz östlich der Tempelhofer Chaussee fand heute Vormittags 10 Uhr die diesjährige Herbst-Parade der Truppen der hiesigen, potsdamer und spanischer Garnison, sowie des aus Koblenz zur Theilnahme an den Herbstübungen des Gardekorps herangezogenen 4. Garde-Grenadier-Regiments-Königin statt. Die Parade wurde von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen August von Württemberg, General-Oberst von der Kavallerie und kommandirender General des Gardekorps, kommandirt. Ein zahlreiches Publikum, die Ankunft Sr. Majestät erwartend, bildete schon frühzeitig vom Belle-Alliance-Platz aus auf beiden Seiten der Straße eine dichte Chaine und empfing Se. Majestät mit begeisterten Hochs. Vor dem Belle-Alliance-Theater hatte sich die Kapelle des königl. jächsischen Schützen-Regiments Nr. 108 (Prinz Georg von Sachsen) aufgestellt und begrüßte den Kaiser mit der Nationalhymne. Das Parade-Diner fand heute Nachmittag im hiesigen königlichen Schlosse statt; demselben schloß sich heute Abend eine Militärvorstellung im Opernhause an.

— Das Programm zur Feier der Vollendung des Kölner Domes am 15. Oktober 1880 ist laut „Reichsanzeiger“ wie folgt festgestellt worden:

Am Vortage: Festgelaute aller Glocken der Kirchen Kölns von 7 bis 8 Uhr.

Am Festtage: Morgens Festgelaute aller Glocken der Kirchen Kölns von 7 bis 8 Uhr.

Feierlicher Festzug der Dombauevereine, der Dombauhütte, der Korporationen, Gewerke und Vereine etc., welcher sich auf dem Neumarkt versammelt, 9¹/₂ Uhr am Regierungsgebäude vor Sr. Majestät dem Kaiser und Könige vorbeizieht und Aufstellung auf dem Festplatze nimmt. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin, Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, die von Sr. Majestät dem Kaiser Eingeladenen, das Staatsministerium und die Spitzen der Behörden des Militärs und Civils, soweit sie dem evangelischen Bekenntnis angehören, sowie die zum unmittelbaren Gefolge gehörigen Personen wohnen dem um 10 Uhr in der Trinitatiskirche stattfindenden evangelischen Dankgottesdienste bei.

Um 10 Uhr 50 Minuten Abfahrt Ihrer Majestäten nach dem Dom zur Bewohnung des Te Deum.

Um 11 Uhr Empfang Ihrer Majestäten am Fuße der Freitreppe des Westportals des Domes durch die Dombauverwaltung, im Portale durch das Domkapitel. Ansprache des Domdechanten. Ihre Majestäten nehmen im hohen Domchore Platz.

Dahin folgen die zum evangelischen Gottesdienst versammelt gewesenen Herrschaften und Personen und begeben sich auf die im hohen Domchore und den Seitenschiffen reservirten Plätze, woselbst bereits die übrigen Geladenen erschienen sind.

Nach Beendigung des Te Deum (um 11 Uhr 30 Minuten) verlassen Ihre Majestäten und die prinziplichen Herrschaften den Dom durch das Südportal und nehmen auf der Kaisertribüne Platz. Die Spitzen der Civil- und Militärbehörden etc. folgen und nehmen die reservirten Plätze auf den Tribünen ein.

Inzwischen haben sich die durch das Festkomité mit Eintrittskarten versehenen Damen und Herren auf den Tribünen am Domhofe versammelt.

Sobald Se. Majestät der Kaiser die Kaisertribüne betreten haben, erfolgt die Vorlage der in den Schlußstein der südlichen Thurmkrone einzufügenden Urkunde. Dieselbe wird von dem Dombaumeister vorgelesen. Ihre Majestäten, die Prinzen und die dazu von Sr. Majestät bestimmten Personen unterzeichnen die Urkunde. Während dieses Aktes Vortrag einer Festkantate. Die unterzeichnete Urkunde wird sofort auf den südlichen Thurm geschafft und in den Schlußstein niedergelegt.

Nach Se. Majestät des Kaisers und Königs. Rede des Oberpräsidenten der Rheinprovinz als Chefs der Dombauverwaltung.

Nach Se. Präsidenten des Central-Dombauevereins und Uebersreichung der Festkiste.

Der Dombaumeister erbittet die Allerhöchsten Befehle zur Einfügung des Schlußsteins der Kreuzblume. Auf den Thürmen des Doms werden die Kaiserstandarte und die Königsstandarte aufgeführt.

Unter dem Donner der Kanonen, dem Läuten aller Glocken Kölns und dem Singen des Liedes: „Nun danket Alle Gott“ durch die Chöre senkt sich der Schlußstein langsam, den Dombau vollendend.

Bei Abfahrt Ihrer Majestäten „Hoch“ auf den Kaiser, ausgebracht durch den Ober-Bürgermeister der Stadt Köln und Abfingen der National-Hymne.

Ihre Majestäten verlassen die Kaisertribüne auf der Rückseite zu Wagen auf freigehaltenen Plätzen um 12¹/₂ Uhr.

Offizielles Festdiner im Schlosse Brühl um 3 Uhr, Einfahrt 2 Uhr 30 Minuten, Rückfahrt 5 Uhr 30 Minuten mittels Extrazügen der Rheinischen Bahn.

Locales und Provinzielles.

Posen, 14. September.

r. [Militärisches.] Oberst v. Kretschman kehrte gestern Morgen von Pudewitz hierher zurück. — Im Laufe des gestrigen Tages trafen 100 Reservisten vom 19. Infanterie-Regiment aus Grlitz und Jauer hier ein; dieselben wurden Abends mit der Posen-Kreuzburger Bahn nach ihrer Heimath befördert.

r. Stets rechts fahren! Mit dem heutigen Tage tritt eine Polizeiverordnung vom 22. August d. J. in Kraft, nach welcher Fuhrwerke auf den Straßen unserer Stadt, wie dies schon meistens üblich war, stets rechts ausweichen müssen. Ebenso haben Fußgänger beim Passiren von Festungsthoren und Brücken stets die rechte Seite einzuhalten.

Mogilno, 12. September. [Kreisphysikat.] Der kommissarische Kreisamtsarzt des Kreises Loeben (Regierungsbezirk Gumbinnen) Dr. Baß ist zum königlichen Kreisphysikus des Kreises Mogilno ernannt.

Die Posteinrichtungen in Elsaß-Lothringen seit der Annexion.

Von zuständiger Seite geht uns Folgendes mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu:

Am 12. September sind 10 Jahre verflossen, seit aus dem großen Hauptquartier zu Rheims die Herstellung deutscher Posteinrichtungen in Elsaß-Lothringen im Anschluß an das Reichspostwesen Allerhöchst befohlen wurde. Welche Entwicklung dem Post- und Telegraphenwesen im Reichslande während dieser Zeit gegeben worden ist, geht aus den nachstehenden Angaben hervor:

Bei Ausbruch des Krieges bestanden im Umfange des jetzigen Reichslandes 170 Postanstalten und 42 Telegraphenstationen; gegenwärtig befinden sich in Wirklichkeit: 339 Postanstalten und 286 Telegraphenstationen. Die Zahl der Postanstalten hat sich also verdoppelt, diejenige der Telegraphenstationen um fast das Sechsfache vermehrt. Die Postanstalten, bei denen zu französischer Zeit nur der Briefpostdienst bestand, besorgen jetzt auch den Geld-, Päckerei- und Zeitungsverkehr.

Mit der Einführung der deutschen Post- und Telegraphen-Gesetzgebung, sowie des Tarifwesens und der deutschen Postverträge wurde alsbald vorgegangen. Zugleich wurden der Betriebsdienst, das Staats- und Rassenwesen, sowie die Personalverhältnisse nach deutscher Art gestaltet.

Der Postbetrieb auf Eisenbahnen konnte in der Ausdehnung, wie vor Ausbruch des Krieges, erst im Frühjahr 1871 wieder aufgenommen werden. Die zu Postzwecken nutzbar gemachten Eisenbahnlinien umfaßten im Jahre 1871: 1144 Km.; gegenwärtig 1906 Km. Die Zahl der zur Postbeförderung täglich benutzten Züge ist von 135 im Jahre 1871 auf gegenwärtig 296 gestiegen, während die Zahl der von den Postzügen jährlich durchlaufenen Kilometer gegenüber den Zahlen aus 1871 sich von 1,967,250 auf 5,537,317 vermehrt hat. Bis 1870 waren für gewöhnlich zwei Eisenbahnzüge täglich in beiden Richtungen für Postzwecke nutzbar gemacht worden; zur Zeit entfallen auf die Hauptlinien 6 bis 9, auf die Nebenlinien 3 bis 4 Postzüge in jeder Richtung. Von diesen Zügen werden mehr als die Hälfte auch zur Verwendung von Päckereien und Gelden benutzt. In Lothringen allein werden im Eisenbahn-Postdienst zur Zeit jährlich 2,646,913 Km. zurückgelegt, während die bezügliche Leistung im Jahre 1869 sich auf 344,560 Km. erstreckte. An Postkurieren auf Landwegen bestehen 165 mit täglich 282 Postbeförderungsgelegenheiten; die gesammte Länge beträgt 1351 Km. gegen 940 Km. im Jahre 1871. Auf diesen Kurieren sind im Beförderungsdienste während des Jahres 1879 insgesamt 1,542,437 Km. zurückgelegt worden, gegen 1,381,612 Km. im Jahre 1873.

Die Zahl der Briefkasten betrug an Orten mit Postanstalt: Ende 1870 370 Stück, dagegen Ende August 1880: 823 Stück, mithin mehr 453. Davon waren aufgestellt: in der Stadt Straßburg 54 (gegen 16 im Jahre 1870), in Mülhausen 27 (früher 7), in Colmar 16 (früher 6), in Metz 37 (früher 12). Die Zahl der Landbriefkasten befindet sich gegenwärtig auf 1592.

Die Gesamtzahl aller Briefkasten in Stadt und Land beträgt 2415 Stück.

Die Länge der Telegraphenlinien hat sich seit 1871 von 1049,11 Kilometer auf 2103,26 Kilometer vermehrt, die Länge der Leitungen von 339,65 Km. auf 6257,71 Km.; davon sind unterirdisch verlegt: 243,75 Km. Linien mit 1451,51 Km. Leitungslänge. Die Anzahl der im Gebrauche befindlichen Telegraphen-Apparate ist in dem gleichen Zeitraum (seit 1871) von 147 auf 507, und zwar auf 415 Morse-, 4 Hughes- und 88 Fernsprech-Apparate, gestiegen.

Ueber die Gestaltung des Versendungsverkehrs ist hervorzuheben, daß an Briefsendungen (Briefen, Postkarten, Druckfachen und Waarenproben) bei den Postanstalten im Reichslande eingegangenen sind im Jahre 1872: 19,056,726 Stück, 1879 dagegen: 23,328,900 Stück; es sind dies durchschnittlich 18,5 Stück für jeden Einwohner. Bei den Briefen allein ergab sich eine Steigerung um 5 Millionen (nämlich von rund 12 Millionen auf 17 Millionen) Stück, bei den Postkarten, welche erst durch die Reichspost eingeführt wurden, eine Steigerung von 54,270 im Jahre 1872 auf 2,576,556 im Jahre 1879. Auch die Einrichtung der Postanweisungen in der vereinfachten deutschen Form, unter Zulassung schriftlicher Mitteilungen auf dem Abschnitt, war für Elsaß-Lothringen neu. Die Zahl der für Empfänger im Reichslande eingegangenen Postanweisungen hat sich seit 1871 von 98,740 auf 927,924 Stück im Jahre 1879 vermehrt; der übermittelte Geldbetrag von 3½ Millionen Mark auf fast 53 Millionen. An Nachrichten (Postvorschuß) Sendungen, welche ebenfalls erst unter deutscher Verwaltung in den Betrieb aufgenommen wurden, sind im Jahre 1871 18,522 Stück mit M. 834,030 Geldbetrag eingegangen, im Jahre 1879 143,400 Stück mit einem Geldbetrage von Mark 1,509,606. Eine weit erheblichere Steigerung ergibt sich hinsichtlich des ebenfalls neu eingeführten Verfahrens mit Postaufträgen zur Einziehung von Geldern und zur Einholung von Wechselaccepten. An Postauftragsbriefen sind eingegangen: 1871 1046 Stück, 1879 dagegen 188,382 Stück und die Summe der eingegangenen Beträge ist von Mark 376,110 im Jahre 1871 auf rund 20 Millionen Mark im Jahre 1879 gestiegen.

Von fernerer Bedeutung war für den reichsländischen Verkehr die Einführung des Postpäckereidienstes. Im Januar 1871 begann die Post im Reichsland zunächst mit der Beförderung von Dienstpaketen; vom 10. Mai 1871 ab wurden auch Privatpäckereien zwischen den an der Eisenbahn belegenen Orten zugelassen, und vom 1. Juli 1871 ab konnte für alle Postanstalten ohne Ausnahme der vollständige Fahrpostbetrieb, welcher bekanntlich bei der französischen Verwaltung nicht besteht, zugelassen werden. Bis Ende 1871 waren 666,086 Pakete mit und ohne Werthangabe durch die Posten in Elsaß-Lothringen befördert; 1879 betrug die gleichartige Zahl 2,954,854 Stück, und nach dem Ergebnisse des ersten Halbjahres 1880 ist für das laufende Jahr eine weitere Steigerung auf mehr als 3½ Millionen Pakete zu erwarten.

In Betreff des Zeitungsverkehrs ist zu erwähnen, daß, während früher für die Zeitungsbezieher ein umständliches unmittelbares Benehmen mit den Verlegern oder bestimmten Kommissionären erforderlich war, jetzt jede Postanstalt Bestellungen auf sämtliche deutsche und ausländische Zeitungen und Zeitschriften entgegennimmt. Es sind durch die Postanstalten im Reichslande an einzelnen Zeitungen und Zeitschriften im Vertriebswege befördert: 1872: 2,994,263, 1879 dagegen: 5,513,631. Von den in Elsaß-Lothringen selbst erschienenen Zeitungen und Zeitschriften sind durch die Post abgesetzt worden und zwar: 1871: von 29 in der Zeitungs-Preisliste aufgeführten Zeitungen: 6046 Exemplare, 1879: von 60 Zeitungen 41,311 Exemplare.

Die Zahl der ausgehenden Telegramme hat betragen: 1871: 161,161 Stück, 1879: 327,127 Stück. Die Gesamtzahl aller bearbeiteten Telegramme betrug im Jahre 1879 für Elsaß-Lothringen auf 1,036,467 Stück (aufgegeben 327,127, angekommen 350,486, Durchgang 358,854 Stück).

Die etatsmäßigen Einnahmen der Postanstalten in Elsaß-Lothringen haben im Etatsjahre 1879/80 betragen: M. 4,301,839, die etatsmäßigen Ausgaben M. 3,395,285. Für die Beurteilung des Postvertrages im Reichslande gewähren diese Zahlen jedoch insofern kein sicheres Bild, als nach dem bei der Reichspost bestehenden Rechnungsverfahren die Einnahmen und Ausgaben nicht bezirksweise dargestellt genau abgegrenzt werden können, daß sie sich mit den Leistungen innerhalb des Bezirks vollständig decken.

Abgesehen von der Aufnahme neuer Versendungsgegenstände in den Postbetrieb und der oben erwähnten sehr erheblichen Vermehrung

der Post- und Telegraphenanstalten sowie der Beförderungsgelegenheiten sind den Bewohnern des Reichslandes auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens noch eine Reihe anderer Erleichterungen gewährt worden. Dabin gehören z. B.

1) Die erhebliche Herabsetzung des Briefposttarifs durch Ermäßigung der Sätze, Erhöhung des einfachen Briefgewichts von 10 auf 15 Gramm und Befreiung der Gewichtsstufen bis auf zwei. (Gegenwärtig kostet ein 150 Gramm schwerer gewöhnlicher Brief auf alle Entfernungen: innerhalb Deutschlands frankirt 20 Pf., unfrankirt 30 Pf., innerhalb Frankreichs dagegen frankirt 1 Franken 50 Cent. und unfrankirt 3 Franken.) 2) Erweiterung der ersten Gewichtsstufe für Druckfachen von 40 auf 50 Gramm und entsprechende Abänderung der Progression. 3) Herabsetzung der Gebühren für die Uebersmittlung haarer Beträge durch die Post. (Ermäßigung bei einer Postanweisung im Betrage von 100 Franken um 75 Cent. (von 1 Franken auf 20 Pf.), dabei Zulassung schriftlicher Mitteilungen auf dem Abschnitt.) 4) Befreiung der Werthgrenzen für Geldbriefe (früher höchstens 2000 Franken). 5) Wesentliche Beschränkung des Postzwanges; namentlich Wegfall des Postzwanges für unverschlossene Briefe bez. schriftliche Mitteilungen und für Geschäftsanzeigen (Circulars). 6) Wegfall des Zwanges, die kleinen Werthgegenstände (valeurs cotées) im Postbureau unter Beisein des Postvorstehers zu verpacken. 7) Einführung der Eilbestellung im Orte und nach dem Landbezirke der Postanstalten. 8) Einrichtung des Verfahrens der Zustellung gegen Behändigungsschein. 9) Einführung der Bücherzettel und Zulassung von Druckfachen zur Versendung als außerordentliche Zeitungsbeilagen. 10) Ermäßigung der Durchschnittsbezahlung für Telegraphie.

Der Gesamtpersonalbestand der Post und Telegraphie betrug, und zwar: a) im Elsaß: Ende 1871: 425 Beamte, darunter 63 Elsaß-Lothringer = 15 Prozent, 555 Unterbeamte, darunter 481 Elsaß-Lothringer = 86 Prozent; Ende August 1880: 554 Beamte, darunter 162 Elsaß-Lothringer = 29,2 Prozent, 702 Unterbeamte, darunter 617 Elsaß-Lothringer = 88 Prozent; b) in Deutsch-Lothringen: Ende 1871: 232 Beamte, darunter 232 Elsaß-Lothringer = 9 Prozent, 346 Unterbeamte, darunter 232 Elsaß-Lothringer = 67 Prozent; Ende August 1880: 291 Beamte, darunter 73 Elsaß-Lothringer = 25 Prozent, 382 Unterbeamte, darunter 279 Elsaß-Lothringer = 73 Prozent.

Die Wohlfahrtsanstalten der Post und Telegraphieverwaltung: Kaiser-Wilhelm-Stiftung, Postarmenliste, Lebensversicherungen, Spar- und Vorschußvereine, Kleiderkasten, haben auf Elsaß-Lothringen gleichmäßige Ausdehnung erhalten. Von der Gesamtzahl der im Post- und Telegraphendienste beschäftigten Personen (1929) gehören 1507 dem betreffenden Spar- und Vorschußverein für Post- und Telegraphenbeamte an, und zwar dem Straßburger Verein 1009, demjenigen in Metz 498 Personen. An Sparbeträgen sind im Jahre 1879 eingezahlt: M. 80,472,18. Das Gesamtvermögen der Mitglieder beider Vereine betrug Ende 1879 auf M. 242,637,88. Den Post-Kleiderkasten sind 1038 Unterbeamte beigetreten. Für 268 Personen (147 Beamte und 121 Unterbeamte) sind Lebensversicherungen in der Gesamthöhe von M. 791,100 durch Vermittelung der Ober-Postdirektionen in Straßburg und Metz abgeschlossen.

In den Kreisen der eingeborenen Elsaß-Lothringer zeigt sich gegenüber der deutschen Post und Telegraphie nirgends Zurückhaltung; im Gegenteil pflegen in den verschiedensten Theilen des Reichslandes unmittelbar aus den Reihen der Bevölkerung Ansichten und Wünsche dargelegt zu werden, welche ein reges Interesse an den bestehenden Verbesserungseinrichtungen und zugleich das Bestreben bekunden, an deren weiterer Ausbau nach Kräften Antheil zu nehmen. Diesem Interesse der Landesangehörigen, sowie insbesondere auch der verständnißvollen Mitwirkung, welche die Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung seitens der altdeutschen Beamten gefunden hat, deren Geist und Hände die schwierige Aufgabe der ersten Bereitung des Bodens mit anvertraut war, sind die vorstehend dargelegten Ergebnisse hauptsächlich zu verdanken.

Telegraphische Nachrichten.

München, 13. September. Die sechste Generalversammlung der Konferenz für die europäische Gradmessung ist heute hier eröffnet worden. Namens der Regierung wurde die Konferenz von dem Kultusminister v. Luz begrüßt; der seitherige Präsident Jbanex, erwirkte die Ansprache mit dankenden Worten. Zum Präsidenten wurde hierauf Bauernfried, zu Vizepräsidenten wurden Faye (Paris) und General Maipo (Florenz) gewählt. Anwesend sind bis jetzt gegen 40 Mitglieder, darunter von deutschen Notabilitäten der Ehrenpräsident General von Bayer, die Professoren Selmsky, Ladebeck, Albrecht, Dr. Werner Siemens (Berlin), Bruhns (Leipzig), Oppolzer (Wien), Hirsch (Neuenburg). Die Verhandlungen der Konferenz dürften bis Ende der Woche dauern.

Paris, 12. September. Der „Français“ bestätigt, daß nunmehr alle Kongregationen bis auf eine sich der Deklaration angeschlossen haben. — Der „Temps“ bemerkt gegenüber den Journalen der Rechten, daß die Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage eine ebenso kluge wie reservierte sei und die friedliebenden Absichten der Republik erkennen lasse. Es läge nur im offenkundigen Interesse der Republik, mit ihren Nachbarn im Frieden zu leben und sich der Pflege der inneren Angelegenheiten zu widmen.

London, 13. Septbr. Nach einem amtlichen Telegramm aus Simla vom 12. d. ist eine englische Brigade, bei welcher sich auch General Roberts befand, am 8. d. von Kandahar nach Killa-Abdulla abmarschirt. Die Generale Stewart und Roberts haben das Großkreuz des Bathordens erhalten. General Roberts ist zum Oberkommandirenden der Madras-Armee ernannt worden.

Plymouth, 13. Septbr. Der Hamburger Postdampfer „Gellert“ ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. rediv. in mm	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
Stunde	82 m Seehöhe.			
13. Nachm. 2	752,0	ED stark	heiter	+20,7
13. Abnds. 10	751,4	D lebhaft	trübe	+16,0
14. Morgs. 6	750,6	D mäßig	bedeckt Regen	+11,1

Am 13. Wärme-Maximum +21,7 Cels.

= Wärme-Minimum +8,7 =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Septbr. Mittags 0,88 Meter.

= 13. = 0,84 =

Wetterbericht vom 13. Septbr., 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. rediv. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	752	SW	4 Regen	11
Aberdeen	749	SW	Regen	12
Christiansund	757	SW	2 wolfig	15
Kopenhagen	759	ED	6 Regen	15
Stockholm	767	SED	4 halb bedekt	16
Paparanda	769	S	4 bedekt	11
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	768	N	1 bedekt	9
Gork Queenst.	755	SW	3 heiter	11
Brest	758	W	3 bedekt	14
Yelver	753	SED	1 halb bedekt	15
Sylt	756	SED	1 Regen	14
Hamburg	756	ED	3 bedekt	14
Swinemünde	760	ED	4 heiter	13
Neufahrwasser	766	SED	4 heiter	12
Memel	768	ED	4 wolkenlos	12
Paris	756	SW	2 bedekt	14
Münster	755	ED	1 bedekt	14
Karlsruhe	757	SW	2 Regen	15
Wiesbaden	758	ED	1 bedekt	15
München	758	W	4 bedekt	16
Leipzig	756	ED	2 wolfig	18
Berlin	757	SED	2 bedekt	17
Wien	760	ED	2 bedekt	14
Breslau	761	SED	4 halb bed.	13
Ale d'Alg	759	SW	5 halb bed.	18
Nizza	757	N	2 heiter	20
Triest	758	ONO	1 bedekt	22

1) Seegang leicht. 2) Seegang leicht. 3) Nebelig, gestern und Nachts starker Regen. 4) Gestern Regen. 5) Gestern und Nachts Regen.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengebiet von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Skala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung. Die Wetterlage hat sich seit gestern wenig verändert: das barometrische Minimum liegt fast unverändert über der schottischen Ostküste, das Maximum über dem nordwestlichen Rußland. Daher dauert über dem Ostsee- und dem östlichen Nordsee-Gebiete die südliche bis östliche Luftströmung überall fort, welche in Skagen steif, in Wisby stürmisch, sonst nur schwach oder mäßig auftritt. Ueber Central-Europa ist das Wetter bei meist normaler Temperatur trübe, dagegen in Südwest-Rußland heiter und kühl. In Hamburg fielen gestern 23 mm Regen. Deutsche Seewarte.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course. 13. September. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,44. Pariser do. 80,52. Wiener do. 172,10. R.-M. St.-A. 146½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 100½. R.-M.-Pr.-Anth. 132. Reichsanl. 100½. Reichsbank 148. Darmst. 149. Reiningen B. 96½. Deft.-ung. St. 712 00. Kreditaktien*) 245½. Silberrente 63. Papierrente 62½. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 93½. 1860er Loose 122½. 1864er Loose 308,00. Ung. Staatsl. 214,50. do. Odb.-Obl. II. 84½. Böhm. Westbahn 200½. Elisabethb. 164½. Nordwestb. 153. Galizier 242. Franzosen*) 244. Lombarden*) 70½. Italiener 86½. 1877er Russen 92½. II. Orientanl. 59½. Centr.-Pacific 110½. Disconto-Kommandit. — Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4proz. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke 89½.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 244½, Franzosen 243½, Galizier 241½, ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden 71, Schmeizer. Centralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhmische Westbahn —, Lombarden 70.

*) per medio resp. per ultimo. Wien, 13. September. (Schluß-Course.) Die Börse war durch lokale Verkäufe der Arbitrage stark gedrückt. Angloaktien matt, Valuten steif.

Papierrente 72,50. Silberrente 73,60. Oester. Goldrente 88,30. Ungarische Goldrente 109,30. 1864er Loose 123,75. 1860er Loose 122,00. 1864er Loose 172,75. Kreditloose 180,00. II. Orientanleihe 111,25. Kreditaktien 286,30. Franzosen 283,75. Lombarden 82,00. Galizier 282,00. Rask.-Oderb. 133,00. Pardubitzer 138,00. Nordwestbahn 176,70. Elisabethbahn 192,00. Nordbahn 245,00. Oesterreich-ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank —. Anglo-Austr. —. Wiener Bankverein 135,20. Ungar. Kredit 257,75. Deutsche Plätze 57,40. Londoner Wechsel 118,20. Pariser do. 46,60. Amsterdamer do. 97,22½. Napoleons 9,40½. Dufaten 5,64. Silber 100,00. Marknoten 58,02½. Russische Banknoten 122½. Lemberg Gernowitz 167,50. Kronpr.-Rudolf 162,00. Franz-Josef 169,50.

4proz. ungar. Bobentredit-Pfandbriefe —. Paris, 13. September. (Schluß-Course.) Träge. 3proz. amortisirt. Rente 88,60, 3proz. Rente 86,70, Anleihe de 1872 120,22½, Italienische 5proz. Rente 86,40, Oester. Goldrente 77½, Ung. Goldrente 94½, Russen de 1877 95,00, Franzosen 606,25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 187,50, Lomb. Prioritäten 268,00. Türken de 1865 9,72½, 5proz. rumänische Anleihe 78,00. Credit mobilier 647,00, Spanien erster. 19½, do. inter. 19½, Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 506. Societe generale 567, Credit foncier 1395, Caupier 322, Banque de Paris 1115. Banque descompte 830, Banque hypothecaire 632. III. Orientanleihe 60½, Türkenloose 30,00. Londoner Wechsel 25,37½.

Produkten-Course. Köln, 13. September. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,50, fremder loco 21,50, pr. November 19,95, pr. März 19,85. Roggen loco 19,50, pr. November 18,00, pr. März 17,50. Hafer loco 14,00. Rübsl loco 29,50, pr. Oktober 28,90, pr. Mai 30,30.

Bremen, 13. Sept. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,75 bez., pr. Oktober-Dezember 9,85 bez.

Hamburg, 13. Septbr. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine fest. Roggen loco unveränd., auf Termine fest. Weizen per September-Oktober 188 Br., 187 Gd., per April-Mai 189 Br., 187 Gd., Roggen per September-Oktober 169 Br., 168 Gd., per April-Mai 164 Br., 162 Gd. Hafer und Gerste unveränd. Rübsl rubig, loco 57, per Oktober 57. — Spiritus rubig, per September 51½ Br., per September-Oktober — Br., pr. Oktober-November 48 Br., per November-Dezember 47½ Br., per April-Mai 47 Br. Raffee rubig, Umfah 2500 Sad. Petroleum fest, Standard white loco 9,50 Br., 9,40 Gd., per September 9,40 Gd., per Oktober-Dezember 9,55 Gd. — Wetter: Regen.

Neuport, 11. Septbr. Waarenbericht. Baumwolle in Neuport 11½, do. in New-Orleans 11½. Petroleum in Neuport 9½ Gd., do. in Philadelphia — Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificats — D. 95 C. Mehl 3 D. 90 C. Rother Winterweizen 1 D 06 C. Mais (old mixed) 51 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Raffee (Rio-) 15½. Schmalz (Marke Wilcox) 8½, do. Fairbanks 8½, do. Robe & Brothers 8½. Speck (short clear) 9½ C. Getreidefracht 5.

